

**Dr. Michael Meister MdB,
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Podium I – USA contra Europa: Welcher Weg führt aus der Schuldenkrise

**Thesepapier zum Wirtschaftstag 2012 des Wirtschaftsrates der CDU e.V.
am 12. Juni 2012**

„Die Staatsschuldenkrise bei den Ursachen packen“

I. Ursachen für die Staatsschuldenkrise

- Die durch die Einführung des Euro entstandenen Vorteile (z.B. niedrige Zinsen, niedrige Inflation, Wechselkursstabilität) wurden nicht in allen Staaten des Euroraums für Strukturreformen im Arbeitsmarkt-, im Sozial- und Steuerbereich genutzt. Im Gegenteil: Falsche Weichenstellungen (z.B. Lohnerhöhungen) haben die Wettbewerbsfähigkeit dieser Staaten eingeschränkt. Deutschland, das zu dieser Zeit als der „kranke Mann Europas“ galt, hat seine Hausaufgaben gemacht.
- Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat schonungslos zunächst die Schwächen in unserem Finanzmarktsystem offengelegt und sodann die desolante Haushaltslage einiger EU-Mitgliedstaaten verschärft. Mangelndes Risikobewusstsein, fehlende Eigenkapitalunterlegungen und Lücken in der Aufsicht haben die ursprünglich auf den amerikanischen Immobilienmarkt beschränkte Finanzkrise begünstigt. Ohnehin angespannte öffentliche Haushalte wurden durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise überfordert. Auch Deutschland hat eine historisch hohe Neuverschuldung hinnehmen müssen.
- Der europäische Währungsraum ist nicht optimal aufgestellt. Europäische Verträge müssen eingehalten werden, die Wirtschafts- und Finanzpolitik bedarf einer besseren Abstimmung. Sprachliche und kulturelle Barrieren beeinträchtigen die Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit zwischen den Staaten. Dies erschwert Anpassungen.

II. Wege aus der Staatsschuldenkrise

- Für den Verbleib Griechenlands in der Eurozone gilt die europäische Solidarität bei griechischer Solidität. Bei einem freiwilligen Austritt Griechenlands aus der Eurozone dürften die Dominoeffekte in den Peripheriestaaten inzwischen deutlich gemindert sein.

Ein freiwilliger Austritt führt weder zum Abbau der griechischen Staatsschulden noch löst er den Reformstau in Griechenland.

- Mit „billigem Geld“ kann das Vertrauen der Märkte kurzfristig zurückgewonnen und ein Beitrag zur konjunkturellen Belebung geleistet werden. Allerdings steigt das mittelfristige Inflationsrisiko erheblich und die eigentlichen Aufgaben – Strukturreformen und Abbau Verschuldung – werden nicht angegangen. Dies führt mittelfristig zu einer Destabilisierung des Euroraums, weil die internen Ungleichgewichte nicht abgebaut werden. Die EZB muss allein auf die Aufgabe der Preisstabilität verpflichtet bleiben.
- Ursachenadäquate Lösung der Staatsschulden- und Vertrauenskrise durch die Politik: Die Politik sorgt für Strukturreformen und den Schuldenabbau. Die Zentralbank bleibt unabhängig und dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet. Allenfalls ist ein kurzfristiger Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB zur Gefahrenabwehr und zur Beruhigung der Märkte denkbar. Eurobonds dienen der Vergemeinschaftung der Schulden, schaffen falsche Anreize und sind daher ebenfalls kein geeignetes Instrument.

III. Vertrauen schaffen durch Ursachenbekämpfung

- Vertrauen ist ein zentrales Element zur Überwindung der Krise. Die Finanzmarktakteure müssen überzeugt sein, dass ein Staat willens und in der Lage ist, über viele Jahre nicht mehr auszugeben als er einnimmt, ja sogar Haushaltsüberschüsse zu erwirtschaften, mit denen Schulden getilgt werden können. Nur so wird wieder die Bereitschaft entstehen, diesen Staaten Kredite zu geben. Aber auch die Währungsunion selbst muss gestärkt werden, um den Teufelskreis von Banken- und Schuldenkrise zu durchbrechen. Dies wird weder mit der Einführung von Eurobonds gelingen noch mit einer Monetisierung der Staatsschulden über die EZB. Erforderlich sind die stärkere Koordinierung der Haushalte und die Verminderungen von strukturellen Unterschieden im Währungsraum.
- Die Eurozone kann gestärkt aus der Krise hervorgehen. Schon heute hat sich der Euro zur zweitwichtigsten Währung der Welt entwickelt, gehört die Eurozone zu den größten Wirtschaftsregionen der Welt und bilden die Mitgliedstaaten die größte Handelsmacht der Welt. Kein Staat der Eurozone wird allein gegen die großen Wirtschaftsräume USA und Asien bestehen können.